

«Liechtenstein ging mit grosser Effizienz vor»

Volksblatt-Kurzinterview mit Wolfgang Schüssel, dem österreichischen Bundeskanzler

Der eintägige Arbeitsbesuch von Regierungschef Otmar Hasler in Wien war von regem Informationsaustausch und herzlicher Freundschaft geprägt. Die Gespräche zeigten vor allem die gemeinsamen Interessen der beiden Länder auf.

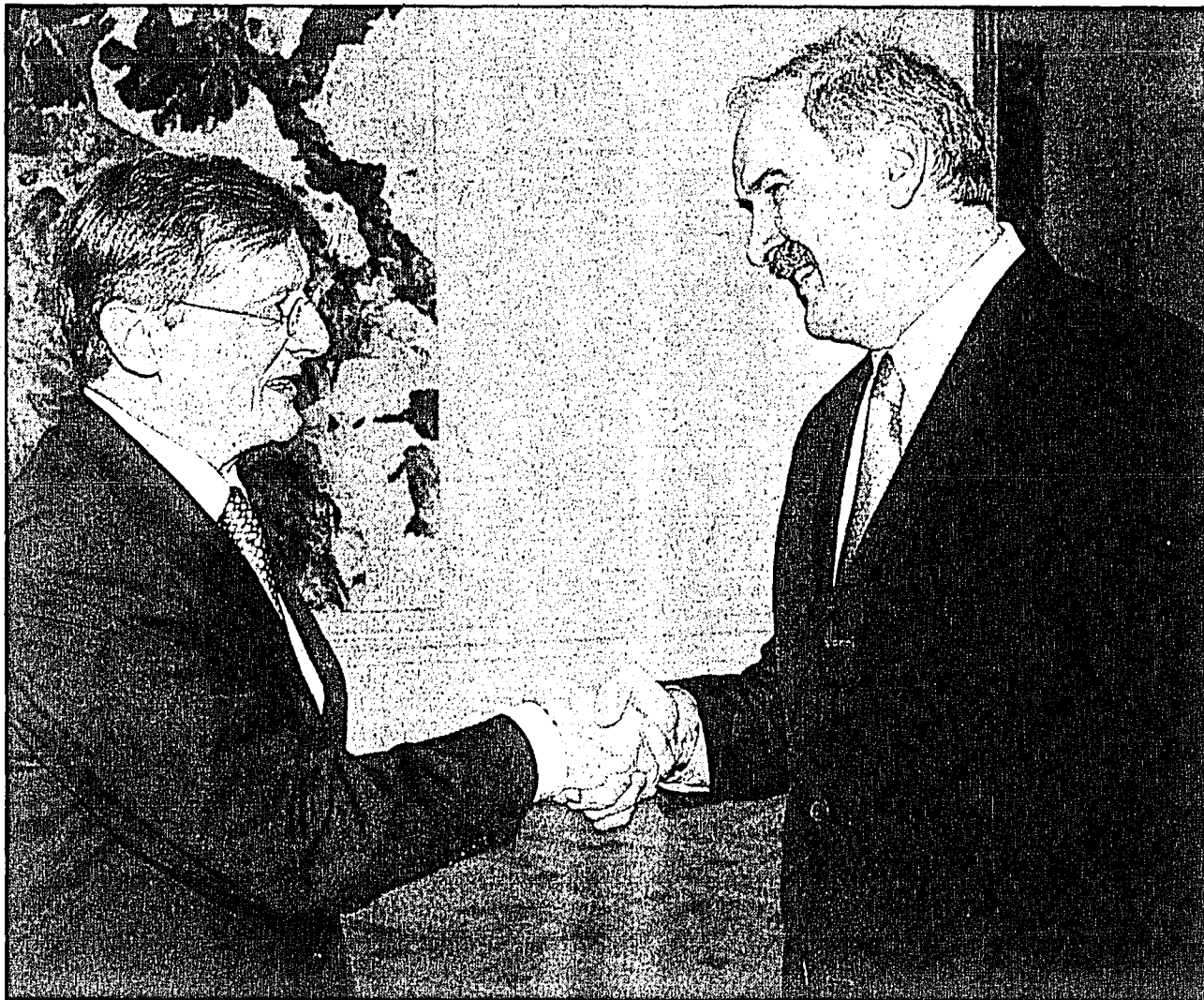
Mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sprach Wolfgang Zechner

Volksblatt: Herr Bundeskanzler, was sagen Sie zu Liechtensteins Massnahmen bezüglich des Finanzplatzes?

Wolfgang Schüssel: Hier muss ich meine grosse Anerkennung für die Anstrengungen aussprechen. Ich finde es beeindruckend, wie offensiv, mit weich grosser Effizienz und mit welchem enormen Tempo in Liechtenstein hier vorgegangen wurde.

Stichwort Steuerharmonisierung in der EU und Liechtenstein. Wie stehen Sie zu diesem Themenkomplex?

Naja, die Steuerharmonisierung ist ja auch in der EU ein langwieriges Thema. Wir glauben, dass es in manchen Bereichen eine Notwendigkeit gibt, einen gewissen Standard zu erreichen. Wir wollen daher eine bestimmte steuerliche Bandbreite einhalten. Die völlige Harmonisierung der Steuern in der EU wird aber wohl noch lange auf sich warten lassen. Und die Steuerdiskussion ist für mich im Mo-



Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (links) begrüsst Regierungschef Otmar Hasler in Wien.

ment gar nicht vordringlich. Viel wichtiger ist eine einheitliche Liberali-

sierung innerhalb der EU. Aber trotzdem sage ich: Steuerharmonisierung

Ja, aber Nein zu einer Aufgabe der nationalen Steuersouveränität.

Fällt der liechtensteinische Steuersatz in die – wie Sie sagen – «bestimmte Bandbreite»?

Schauen Sie. Zuerst sollen einmal die EU-Länder es schaffen, die Steuern zu vereinheitlichen. Dann kann man über andere Länder reden. Wir wollen das Pferd ja nicht vom Schwanz aufzäumen.

Auch im EWR-Mitgliedsland Liechtenstein wird von verschiedener Seite ein Beitritt zur EU angedacht. Welche Rolle könnte so ein kleines Land wie Liechtenstein in der EU überhaupt spielen?

Zuerst muss sich Liechtenstein im Klaren werden, was die Politik des Landes ist. Ich glaube nicht, dass wir hier etwas vorher kommentieren sollten. Österreich wird aber als guter Nachbar jede Entscheidung Liechtensteins ansehen und mittragen. Liechtenstein ist ja Mitglied des EWR und somit nicht unter Druck. Das Fürstentum kann sich jederzeit frei entscheiden. Und für uns ist jede Entscheidung, die Liechtenstein trifft, recht.

Herr Bundeskanzler, was verbindet Sie persönlich mit Liechtenstein?

Ich war natürlich schon sehr oft in Liechtenstein auf Besuch. Ich habe sowohl zahlreiche politische Gespräche geführt wie auch Betriebsbesuche absolviert. Fürst Hans-Adam II. ist zudem ein Mitschüler von mir gewesen. Wie sind beide ins Wiener Schottengymnasium gegangen, wenn auch nicht in die gleiche Klasse.

«Man muss Liechtenstein gratulieren»

Finanzminister Karl-Heinz Grasser über Steuern, die EU und die FATF

Er gilt als der «Shooting-Star» in der österreichischen Bundesregierung: Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Nach seinem Arbeitsgespräch mit Regierungschef Otmar Hasler bat das Volksblatt Karl-Heinz Grasser zum Gespräch.

Mit Finanzminister Karl-Heinz Grasser sprach Wolfgang Zechner

Volksblatt: Herr Finanzminister, in der EU gibt es Tendenzen zur Steuerharmonisierung. Liechtenstein kam und kommt in diesem Zusammenhang immer wieder in die internationale Kritik. Wie stehen Sie zu einer möglichen Steuerharmonisierung?

Karl-Heinz Grasser: Ich glaube einmal grundsätzlich, dass Liechtenstein sehr substantielle Fortschritte gemacht hat – in Fragen der Transparenz des Finanzplatzes wie auch bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Geldwäsche. Es war daher sicherlich klug und richtig, dass man Liechtenstein von der schwarzen Liste der FATF heruntergenommen hat. Ich habe daher Regierungschef Otmar Hasler bei der FATF-Konferenz Ende Januar in Hongkong die volle Unterstützung von Österreich zugesagt. Es muss klargestellt werden, dass Liechtenstein nicht mehr auf diese Liste kommt, da in sehr kurzer Zeit sehr grosse Fortschritte gemacht wurden. Was die Steuerharmonisierung betrifft, so ist das eine Diskussion, die ja in Europa sehr, sehr zwiespältig verläuft. Man ist ja sehr weit weg von einer Steuerharmonisierung. Derzeit wird in Europa eine einheitliche Liste mit 66 steuerschädlichen Massnahmen diskutiert, die es zurückzuführen gilt. Bevor man aber das nicht erreicht hat, wird man den Liechtensteinern wohl sehr schwer sagen können, sie sollen ihr Steuersystem verändern.

Sie habe erwähnt, Sie stehen im FATF-Konflikt auf der Seite Liechtensteins. Jetzt sind ja die Vorgaben der FATF zu 98 Prozent erfüllt worden. Nehmen wir an, die FATF sagt,

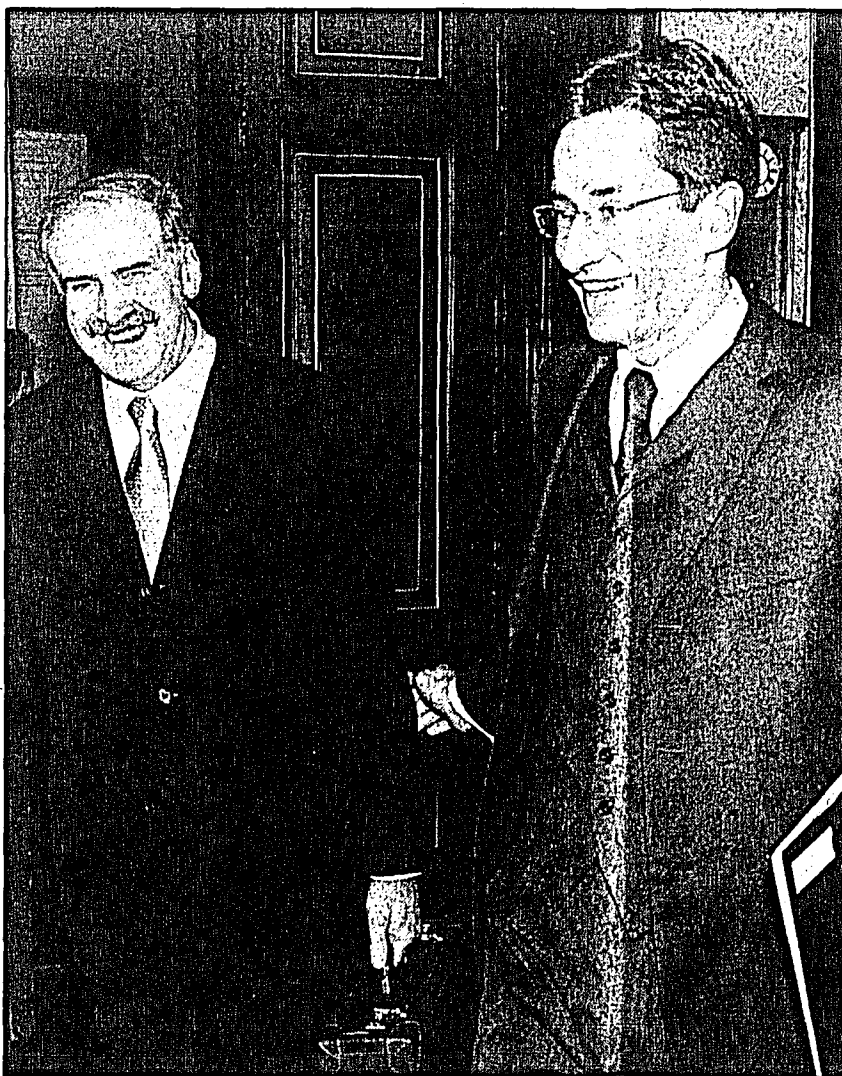
das sei zu wenig. Was könnte ein Land wie Österreich dann unternehmen?

Wir können einfach versuchen, unsere Überzeugung einzubringen. Wenn man sich ansieht, in welcher kurzen Zeit welche signifikante Verbesserung am Finanzplatz vorgenommen wurden, kann man nur mehr eines machen – gratulieren. Dieser Punkt ist anzuerkennen und nicht zu bestrafen. Denn dann würde es ja in die falsche Richtung gehen. Diese Informationsbesuche von Regierungschef Hasler sind daher auch sehr sinnvoll. So informiert man und zeigt, was erreicht wurde. Ich denke daher schon, dass die

FATF das honorieren wird.

Liechtenstein und die EU? Welche Rolle, glauben Sie, kann das Fürstentum in einem vereinten Europa spielen?

Dass ist eine Frage, die Liechtenstein selbst beurteilen muss. Österreich ist ja auch ein kleines Land in der EU. Ich bin darauf gekommen, dass es keine Frage der Grösse, sondern eine Frage der Kompetenz und der Persönlichkeit ist, was man in den Gremien bewegen kann. Luxemburg, ein kleines Land, hat zum Beispiel in der Union ein sehr gutes Standing. Die Frage ist immer: Wie kann man überzeugen?



Regierungschef Otmar Hasler und Finanzminister Karl-Heinz Grasser (rechts).

«Ich gehe mit Zuversicht in die Verhandlungen»

Otmar Hasler empfängt FATF-Delegation in Vaduz

Sehr zufrieden zeigten sich gestern Regierungschef Otmar Hasler und der «Sonderbeauftragte» Daniel Thelesklaf von ihren Arbeitsgesprächen in Wien. Nach der eindrucksvollen Offenlegung wird der liechtensteinische Finanzplatz durch die österreichische Solidarität zusätzlich gestärkt.

Wolfgang Zechner aus Wien

Die erste Auslandsreise von Regierungschef Otmar Hasler nach dem Schicksalstag vom 31. Dezember darf getrost als voller Erfolg gewertet werden. Zur Erinnerung: Am 31. Dezember, dem Stichtag für die FATF-Forderung, waren 98 Prozent der wirtschaftlich Berechtigten und 97,2 Prozent der Kundenprofile den Banken bekannt. Von den noch unbekannteten Konten dürfen derweil keine Kapitalabflüsse getätigt werden.

Die Offenheit, mit der Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser der Regierung Hasler, den Treuhändern, den Banken und der FIU ihre Anerkennung aussprachen, war Balsam für den Finanzplatz: Ein EU-Mitglied stellt sich öffentlich auf die Seite Liechtensteins. Und die Regierungsspitze eben dieses EU-Landes würdigt ausdrücklich die Leistungen, die das Fürstentum im Zusammenhang mit den FATF-Forderungen erbracht hat. Kein Wunder, dass Regierungschef Otmar Hasler gestern Abend mit einem Lächeln im Gesicht die Heimreise antrat. «Uns geht es darum, fair behandelt zu werden, deshalb informieren wir unsere Nachbarn. Und für die Zukunft können wir auf Österreich zählen», so der Regierungschef. Doch das nächste «Grossereignis» steht bereits vor der Tür. Von Montag bis Mittwoch wird eine FATF-Delegation in Vaduz erwartet. «In diese Verhandlungen gehe ich mit Zuversicht», so Hasler gestern zum Volksblatt.

Finanzplatz kann weiterwachsen
Auch der Sonderbeauftragte der



Nach dem erfreulichen Wien-Besuch hat Daniel Thelesklaf den kommenden Montag rot angestrichen. Dann kommt eine FATF-Delegation nach Vaduz.

Stabsstelle für Sorgfaltspflicht, Daniel Thelesklaf, verlieh seiner Zufriedenheit über den Verlauf der Gespräche gestern Abend Ausdruck. «Die österreichische Seite zeigte viel Verständnis für unsere Position. Kanzler Schüssel und Minister Grasser waren beeindruckt von unseren Leistungen. Sie werden uns in Zukunft nach aussen hin unterstützen», so der Finanzplatz-Experte. Denn das Ziel ist, so Thelesklaf klar, gesteckt: «Ein prosperierender Finanzplatz, der den internationalen Sorgfaltspflichten-Standards entspricht und zudem über eine moderne Aufsichtsstruktur verfügt.» Seine Prognose: Der Finanzplatz kann vor allem qualitativ weiterwachsen.

Bleibt zum Schluss noch eine Lehre aus der «Offenlegung»: Das Ergebnis von 98 Prozent samt «Einfrieren» von «unbekannteten» Konten beweist nicht nur den ungeheuren Arbeitseinsatz aller Beteiligten, sondern gibt der Regierung Hasler und ihren Massnahmen im Nachhinein Recht. Massnahmen, die gestern auch von ausländischen Politikern, wie dem österreichischen Bundeskanzler, gewürdigt wurden.